

## Ergebnis der Sitzung des Gemeinderates vom 12. Dezember 2008

### **Forsteinrichtung im Gemeindewald – Forstbetriebswerk**

Der Bau- und Umweltausschuss hat sich am 20.11.2008 mit der Forsteinrichtung im Gemeindewald bzw. mit dem Forstbetriebswerk für die kommenden 10 Jahre eingehend befasst. Die zuständige Abteilung Forstplanung beim Saarforst Landesbetrieb hat im Auftrag der Gemeinde das Forstbetriebswerk für den Gemeindewald erstellt. Die Hauptergebnisse dieses Forstbetriebwerkes, wie die periodische Betriebsplanung, die Nutzungsübersicht, verschiedene Graphiken über Baumarten, Altersklassen, Nutzungen und eine Hiebsatzweise Übersicht wurde bereits in einer Schlussbesprechung der periodischen Betriebsplanung für den Gemeindewald im April d. J. mit den Mitarbeitern des Saarforst Landesbetriebes bzw. dem Ministerium für Umwelt erörtert und damit zwischenzeitlich insoweit abgestimmt.

Der Ausschuss hat durch einstimmigen Beschluss dem Gemeinderat empfohlen, das Forstbetriebswerk in der vorliegenden Fassung gemäß § 30 Abs. 4 des Landeswaldgesetzes zu verabschieden und damit in Kraft zu setzen. Dieser Ausschussempfehlung schloss sich der Gemeinderat einstimmig an.

### **Entwurf Forstwirtschaftsplan 2009 und Festlegung Holzpreise 2008/2009**

Die Mitglieder hatten den Entwurf des Forstwirtschaftsplanes für das Haushaltsjahr 2009 mit der Einberufung erhalten. Die Einnahmen im Planentwurf sind analog dem Vorjahr mit 182.000,-- € veranschlagt. Demgegenüber können die Ausgaben um rd. 20.000,-- € auf jetzt 224.000,-- € reduziert werden. Damit ergibt sich im Forstwirtschaftsjahr 2009 ein Fehlbetrag von 42.000,-- € (Vorjahresdefizit: 60.000,-- €).

Neben der Verabschiedung des Forstwirtschaftsplanes stand die Festsetzung der Holzpreise für das Jahr 2009 an.

Die Verwaltung hatte bereits zur Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 20.11.2008 vorgeschlagen, die Abgabepreise für Brennholz, entsprechend der allgemeinen Marktentwicklung wie folgt anzupassen:

- |   |                |     |            |
|---|----------------|-----|------------|
| • Buche- und Eichescheidholz/Regieeinschlag   | von 40,-- €/rm | auf | 45,-- €/rm |
| • Brennholz in Selbstwerbung                  | von 15,-- €/rm | auf | 20,-- €/rm |
| • Fichtenholz in Selbstwerbung                | von 10,-- €/rm | auf | 12,-- €/rm |
| • IL (Industrielangholz) – an den Weg gerückt | von 25,-- €/rm | auf | 30,-- €/rm |

Der Bau- und Umweltausschuss hatte keine Empfehlung an den Gemeinderat ausgesprochen.

Abweichend vom Verwaltungsvorschlag beantragte die CDU-Fraktion im Rahmen der Beratung, die Holzpreise linear um 10 % zu erhöhen. Danach würden sich folgende Abgabepreise für das Brennholz ergeben:

- |   |            |
|---|------------|
| • Buche- und Eichescheidholz/Regieeinschlag   | 44,00 €/rm |
| • Brennholz in Selbstwerbung                  | 16,50 €/rm |
| • Fichtenholz in Selbstwerbung                | 11,00 €/rm |
| • IL (Industrielangholz) – an den Weg gerückt | 27,50 €/rm |

Nach Beratung beschloss der Gemeinderat einstimmig folgendes:

1. Die Holzpreise werden gemäß dem Antrag der CDU-Fraktion festgesetzt bzw. um 10 % erhöht. Die Mengenbegrenzung von 15 rm pro Haushalt gilt weiterhin.
2. Dem vorliegenden Forstwirtschaftsplan 2009 wird im Grundsatz zugestimmt; soweit notwendig, wird aufgrund der geänderten Holzpreise eine Anpassung des Forstwirtschaftsplanes im Rahmen der Haushaltsberatungen 2009 vorgenommen.

## **Festsetzung der Steuerhebesätze für das Jahr 2009**

Die aktuellen Steuerhebesätze in der Gemeinde Perl sind seit mehreren Jahren unverändert und wurden zuletzt mit der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 wie folgt festgesetzt: für die

- Grundsteuer A 220 v.H.
- Grundsteuer B 250 v.H.
- Gewerbesteuer 375 v.H.

Von allen Fraktionen im Rat kam gleich lautend der Antrag, die Hebesätze für das kommende Jahr nicht zu verändern. Der Gemeinderat beschloss daraufhin einstimmig, dass die vorgenannten Hebesätze in der gleichen Höhe unverändert auch für das Haushaltsjahr 2009 gelten.

## **Gebührenangelegenheiten – Anpassung der Wasser- und Kanalgebühren**

Der EVS hat mitgeteilt, dass auch für das Jahr 2009 der einheitliche Verbandsbeitrag um 5 % angehoben werden soll; er würde sich danach von derzeit 2,586 €/cbm um 13 Cent/cbm auf dann 2,716 €/cbm erhöhen. Um weitere Verluste im Bereich des Abwasserbetriebes zu vermeiden, müsste diese Anhebung des Verbandsbeitrages durch eine Erhöhung der Abwassergebühr um 13 Cent an den Gebührenzahler weitergegeben werden.

Der Bau- und Umweltausschuss hat am 20.11.2008 dem Gemeinderat einstimmig empfohlen, die vom EVS geplante Anhebung des einheitlichen Verbandsbeitrages über die Neufestsetzung der Abwassergebühr abzudecken; die Abwassergebühren sollen damit ab dem 01.01.2009 um 13 Cent/cbm auf dann 4,03 €/cbm angehoben werden.

Im Rahmen der Beratungen verwies Fraktionsvorsitzender Stegmann darauf, dass nach seiner Kenntnis beim EVS im Bereich Abwasser noch ein offener Verlustvortrag von 21 Mio. € in den folgenden Jahren abzudecken sei und man deshalb mit einer weiteren Anhebung in den kommenden Jahren rechnen müsse. Um jedoch weitere Verluste beim Abwasserbetrieb zu vermeiden, sollte man die vom Ausschuss empfohlene Anhebung für das kommende Jahr beschließen; diesem Vorschlag schloss sich die SPD-Fraktion an.

Nach kurzer Beratung beschloss der Gemeinderat bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung mehrheitlich, die Abwassergebühren ab dem 01.01.2009 um 13 Cent/cbm auf dann 4,03 €/cbm zu erhöhen.

## **Bekanntgabe der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 2007**

Gemäß § 89 Abs. 1 KSVG sind überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben nur zulässig, wenn sie unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist; sie sind dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen.

Im Haushaltsjahr 2007 sind neben zwei kleineren Beträgen lediglich zwei überplanmäßige Ausgaben im Verwaltungshaushalt entstanden:

- Bei der Haushaltsstelle 90000/81000 –Gewerbesteuerumlage- in Höhe von 19.770,49 €, die jedoch durch höhere Gewerbesteuereinnahmen gedeckt war und
- durch die Inanspruchnahme von Kassenkrediten sind bei den Zinszahlungen Mehrausgaben von 50.426,09 € angefallen; die Deckung war auch hier gewährleistet.

Im Vermögenshaushalt 2007 sind dagegen keine erheblichen überplanmäßigen Ausgaben entstanden. Lediglich im Unterabschnitt 3700 ist eine Mehrausgabe von 56,-- € verbucht worden.

Der Gemeinderat nahm dies so zustimmend zur Kenntnis.

## **Umstellung auf das neue kommunale Rechnungssystem – Einführung der Doppik**

Wie bereits zur Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 04.11.2008 informiert, soll abweichend von der ursprünglichen Planung, die Umstellung auf das doppelte Buchungssystem und damit auch die Erstellung eines Produkthaushaltes nicht zum 01.01.2009, sondern erst ein Jahr später zum 01.01.2010 erfolgen.

Die Fraktionen sowie die Ortsvorsteher wurden mit Schreiben vom 04.11.2008 bereits hierüber im Detail informiert. Die Fraktionen hatten in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses insoweit dieser neuen Terminplanung bereits zugestimmt.

Auf Nachfrage der Kommunalaufsichtsbehörde beim Landesverwaltungsamt sollte zu dem neuen Termin zur Umstellung des Rechnungswesens ein Beschluss des Gemeinderates vorgelegt werden; nähere Einzelheiten hierzu wurden nochmals vom Vorsitzenden erläutert.

Aufgrund der vorgetragenen Situation beschloss der Gemeinderat einstimmig, dem Vorschlag der Verwaltung folgend die Einführung des neuen Buchungs- und Haushaltssystems auf den 01.01.2010 zu verschieben.

## **Resolution zur Sicherung der kommunalen Finanzen**

Bereits Anfang November hat der Saarländische Städte- und Gemeindetag, vertreten durch den Geschäftsführer Richard Nospers, die saarländischen Kommunen über die geplante Kürzung der Finanzausgleichsmasse im Rahmen des Landeshaushaltsentwurfes für das Jahr 2009 informiert. Dabei wurde folgender Entwurf zur "Resolution zur Sicherung der kommunalen Finanzen" an die saarländischen Städte und Gemeinden vorgelegt mit der Bitte, dass möglichst alle Kommunen diese Resolution im Gemeinderat verabschieden sollten. Der Text der Resolution lautet wie folgt:

### ***"Keine Kürzung der kommunalen Finanzausgleichsmasse!"***

*Die Einnahmesituation saarländischer Kommunen gestaltet sich nach wie vor schwierig. Traditionell liegt diese deutlich unter den vergleichbaren Gemeinden im Bundesgebiet.*

*Umso größere Bedeutung kommt dem kommunalen Finanzausgleich zu.*

*Die Landesregierung beabsichtigt in dieser Situation, die Finanzausgleichsmasse im kommenden Jahr um rd. 101,5 Mio. € zu kürzen. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf zur Änderung des § 6 Abs. 5 Kommunalfinanzausgleichsgesetz hat die Landesregierung bereits eingebracht. Neben dem bereits in dieser Legislaturperiode erfolgten Solidarbeitrag der Kommunen zur Konsolidierung des Landeshaushaltes von rd. 200 Mio. € wäre dies ein weiterer Schritt zur Schwächung der Kommunen.*

***Der Landtag des Saarlandes wird aufgefordert einer solchen Änderung nicht zuzustimmen. Der Gemeinderat/Stadtrat fordert die Landesregierung auf, den Betrag für den kommunalen Finanzausgleich in unveränderter Höhe für die Kommunen zu belassen."***

Zu Beginn der Beratungen schlug der Vorsitzende eine Ergänzung des Resolutionstextes vor. In direkter Erwiderung führte Fraktionsvorsitzender Stegmann aus, dass es nach Ansicht der CDU-Fraktion keinen Sinn mehr mache eine Resolution zu verabschieden, da das Haushaltsgesetz 2009 und damit der Landeshaushalt 2009 bereits im Landtag verabschiedet worden ist und damit insoweit bereits Fakten geschaffen wurden. Nach seiner Ansicht wäre es besser, die Forderung an die Landesregierung zu richten, die im Rahmen des Finanzausgleichs verloren gegangenen Mittel in anderer Form, z.B. über Zuschüsse oder eine Bedarfszuweisung an die Gemeinde zurück zu führen. Dies könnte bei einem der anstehenden Großprojekte, wie dem Ausbau der Infrastruktur zum Schengen-

Lyzeum oder den Sportanlagen, der Rettungswache bzw. der Erschließung des Gewerbegebietes "Wieser Weg" erfolgen.

Demgegenüber brachte der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Schreiner, einen von der SPD ausgearbeiteten ergänzenden Resolutionstext ein. Da nach Ansicht seiner Fraktion die Kürzung der Finanzausgleichsmasse für die Kommunen nicht widerspruchlos hingenommen werden dürfe und man dies bei der Landesregierung deutlich machen sollte.

Der Vorschlag der SPD-Fraktion, einen geänderten Resolutionstext an die Landesregierung zu übermitteln, wurde bei 5 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt. Da kein weitergehender Antrag gestellt wurde, wird damit keine Resolution hinsichtlich der Kommunal Finanzen an die Landesregierung vorgelegt.

### **Bauleitplanung im Ortsteil Tettingen-Butzdorf – Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes „Ortslage Tettingen-Butzdorf“**

Mit dem Entwurf des Bebauungsplanes "Ortslage Tettingen-Butzdorf" hat sich der Bau- und Umweltausschuss am 15.10.2008 befasst und beschlossen, nach der Durchführung der frühzeitigen Bürgerbeteiligung in Form eines Bürgerinformationstermins sowie der anschließenden Beratung im Ortsrat den Entwurf nochmals vor Offenlegung im Ausschuss zu erörtern.

Der Bürgerinformationstermin und die Sitzung des Ortsrates haben am 05.11.2008 stattgefunden. Hier waren sowohl Vertreter der Verwaltung als auch das mit der Planung beauftragte Ingenieurbüro Paulus & Partner (Dipl.-Ing. Heinke) zugegen.

Über das Ergebnis der frühzeitigen Bürgerbeteiligung sowie die Beschlüsse des Ortsrates wurde der Ausschuss vom Vorsitzenden bzw. von Herrn Heinke informiert. Als Ausfluss der in der Bürgerinformationsveranstaltung vorgebrachten Anregungen hat der Ortsrat von Tettingen-Butzdorf/Wochnern in seiner Sitzung am 05.11.2008 einstimmig folgende Änderungen zu dem Bebauungsplanentwurf beantragt:

1. Zulassung von Gauben im vorderen (Straßen-) Bereich in einem untergeordnetem Maß.
2. Zulassung von Walmdächern.
3. Ausbau Solartechnische Anlagen bis zu max. zwei Drittel der Dachfläche.

In dem zunächst vorgestellten Entwurf waren in der zur Straßenseite ausgerichteten Dachfläche keine Gauben zulässig. Der Ausschuss beschloss nach Beratung bei einer Enthaltung einstimmig, auch zur Straßenseite Gauben bis zu einer maximalen Breite von 1,50 m zuzulassen.

Ebenso sprach sich der Ausschuss dafür aus, analog dem Antrag des Ortsrates, neben den Satteldächern auch Walmdächer in der Ortslage Tettingen-Butzdorf zuzulassen.

In dem ursprünglichen Entwurf waren solartechnische Anlagen nur bis maximal 50 % der Dachfläche zulässig. Auch hier empfiehlt der Ausschuss dem Gemeinderat einstimmig, entsprechend dem Antrag des Ortsrates solartechnische Anlagen bis zu max. zwei Drittel der Dachfläche zuzulassen.

Abschließend hatte sich der Ausschuss einstimmig dafür ausgesprochen, dem Gemeinderat zu empfehlen, die Offenlegung des Bebauungsplanes in der so geänderten Fassung zu beschließen.

Der Entwurf des Bebauungsplanes in der derzeitigen Fassung (nach Beschluss BauA) wurde nochmals aufgrund einer Planvorlage erläutert und dabei insbesondere die Grenze des Geltungsbereiches dargestellt.

Nach kurzer Beratung beschloss der Gemeinderat einstimmig, den Bebauungsplanentwurf in der Fassung, wie es sich nach dem Beschluss des Bau- und Umweltausschusses darstellt, öffentlich auszulegen; die Bekanntmachung könnte noch vor Jahresablauf erfolgen.

## Neuordnung der Abfallentsorgung in der Gemeinde Perl

Mit dieser Angelegenheit hat sich der Bau- und Umweltausschuss eingehend am 04.11.2008 befasst und einstimmig bei einer Enthaltung hierzu folgende Beschlüsse zur Neuordnung der Müllentsorgung in der Gemeinde Perl gefasst:

- "Der Bürgermeister wird beauftragt, die rechtliche Voraussetzung für eine Neuordnung zu klären, hier: Kündigung nach § 3 EVS-Gesetz, wann, wo, wie?"
- Der Bürgermeister wird beauftragt, bei der Firma SEG bzw. Walter, Mettlach, ein Angebot für die zukünftige Müllentsorgung einzuholen.
- Der Bürgermeister wird gebeten, mit der Gemeinde Mettlach Gespräche zu führen, um das von der Gemeinde Mettlach im gleichen Zusammenhang in Auftrag gegebene Gutachten auch der Gemeinde Perl zur Verfügung zu stellen, damit es in die weiteren Beratungen mit einfließen kann.
- Der Bürgermeister wird gebeten abzuklären, welche direkten Folgen eine Kündigung beim EVS auf die Gemeinde hat, z.B. mögliche Ersatzleistungen an aktuelles Sammlerunternehmen.
- Der Bürgermeister wird gebeten, dieses Thema in weiteren Beratungen soweit vorzubereiten, dass spätestens in der letzten Gemeinderatssitzung 2008 (am 12.12.2008) über eine mögliche Kündigung ein Beschluss gefasst werden kann.
- Der Bürgermeister wird beauftragt, beim EVS ein für alle beteiligten Gemeinden gleich lautendes und auf der Grundlage des Angebotes der SEG vergleichbares Angebot einzuholen (Kosten, Leistungen und Bedingungen müssen direkt vergleichbar sein)."

Über das Ergebnis der Beratung des Bau- und Umweltausschusses vom 10.12.2008 zum überarbeiteten Angebot der Firma SDK GmbH i.G. berichtete der Vorsitzende. Danach ist im Ausschuss keine Empfehlung an den Gemeinderat zustande gekommen.

Im Zuge der weiteren Beratungen begründete das Mitglied Eric Schmohl zunächst für die CDU-Fraktion den von ihr ursprünglich eingebrachten Antrag und erläuterte die Beweggründe, die dazu geführt haben, eine Neuordnung der Müllentsorgung in der Gemeinde Perl anzustreben und hierzu den Ausstieg aus dem EVS gemäß dem § 3 EVS-Gesetz zu beschließen. Er stellte dabei nochmals die nach Ansicht seiner Fraktion vorliegenden positiven Aspekte dieser Neuordnung dar.

Fraktionsvorsitzender Schreiner erklärte für die SPD-Fraktion, dass man den Antrag der CDU insoweit unterstützen könne, als es zu einer Entlastung der Bürger bei den Müllabfuhrgebühren führt. Insbesondere sei durch den möglichen Wiedereintritt in den EVS bis 30.06.2009, die Herr Dr. Gisch in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses nochmals bestätigt habe, insoweit zunächst ohne ein Risiko. Sollte sich im Rahmen des Vergabeverfahrens herausstellen, dass hier weitergehende Probleme bestünden, hätte man insoweit die Möglichkeit, bis zum 01.07.2009 in den Verband zurück zu kehren.

Die CDU-Fraktion stellte folgende Anträge zu Entscheidung:

1. Gemäß § 3 EVS-Gesetz beschließt der der Gemeinderat der Gemeinde Perl als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger im Sinne des § 15 Kreislaufwirtschaft- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) ganz oder teilweise Aufgaben der örtlichen Abfallentsorgung zu übernehmen, insbesondere um
  - das Einsammeln und Befördern von Abfällen
  - das Einsammeln von Problemabfällen
  - die Förderung von privaten Maßnahmen
  - zur Vermeidung, Schadstoffminimierung und Verwertung von Abfällen, insbesondere der ordnungsgemäßen und schadlosen Eigenverwertung durch Kompostierung als eigene öffent-

liche Aufgabe anstelle des EVS wahrzunehmen, und für diesen Aufgabenbereich aus dem EVS zum Wirtschaftsjahr 2010 auszuscheiden.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die schriftliche Anzeige des Ausscheidens bei der Geschäftsführung des EVS fristgerecht (spätestens bis zum dritten Werktag des vorangehenden Kalenderjahres) vorzunehmen.

2. Der Bürgermeister wird beauftragt, bei der Firma SDK eine Gebührenkalkulation anzufordern und zu prüfen, welche weiteren Maßnahmen für die Umsetzung erforderlich sind.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, zusammen mit der Gemeinde Mettlach zu prüfen, ob das dort angesprochene Konzessionsträgermodell neben einem Ausschreibungsverfahren ein Weg für die Umsetzung des Beschlusses zu Nr. 1 ist. Für ein mögliches Ausschreibungsverfahren sollte ein fachkundiges Büro unmittelbar nach Beschlussfassung beauftragt werden.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, entsprechend der Aussage des Geschäftsführers des EVS in der BauA-Sitzung vom 10.12.2008 eine Rücknahmevereinbarung entsprechend der Zusage gegenüber der Gemeinde Mettlach zu treffen.
5. Der Bürgermeister wird beauftragt, aufgrund der Tatsache, dass die Gemeinde Mettlach gleichgeartete Beschlüsse gefasst hat, mit der Gemeindeverwaltung Mettlach Kontakt aufzunehmen, um ein gemeinsames, abgestimmtes Vorgehen der beiden Gemeinden bei der Umsetzung sicher zu stellen und Synergien zu nutzen.

Abschließend stimmte der Gemeinderat über die von der CDU-Fraktion vorgelegten Anträge im Einzelnen ab. Danach wurden die Punkte 1, 3, 4 und 5 des Antrages einstimmig angenommen. Zu dem Punkt 2 wurde zunächst kein Beschluss gefasst, da hier rechtliche Bedenken im Sinne des Vergaberechts bestehen.

### **Auftragsvergaben**

Der Gemeinderat beschloss jeweils einstimmig die Vergabe folgender Aufträge:

- Arbeiten zum Ausbau der Efter Straße in Hellendorf mit Erneuerung von Kanal- und Wasserleitung an die mindestbietende Firma Meiers aus Losheim am See.
- Malerarbeiten zur Sanierung des Schornsteins von Hallenbad und Sporthalle in Perl an die mindestbietende Firma Schirrah aus Oberleuken.

### **Grundstücksangelegenheiten**

Der Gemeinderat beschloss jeweils einstimmig, den Erwerb von Grundstücken in Besch und Nenig sowie die Veräußerung eines Grundstücks in Perl.

### **Jahresrückblick 2008**

Der Bürgermeister ging in seinem Rückblick zu dem abgelaufenen Jahr auf die wichtigsten Ereignisse in dem ersten Jahr seiner Amtszeit ein und verwies dabei ausdrücklich auf den ausführlichen Jahresrückblick, der in der letzten Ausgabe der "Mosella" erscheinen wird und erklärte, dass es sich deshalb hier auf einige wesentliche Punkte beschränken will.

Zunächst dankte er dem Gemeinderat, den Ortsräten und der Verwaltung für die Unterstützung und die gute Zusammenarbeit im Jahre 2008 und die zum Wohle der Bürger der Gemeinde Perl geleistete Arbeit. In diesen Dank schloss er im Besonderen die Selbsthilfeorganisationen, die Vereine und Gruppen sowie alle darüber hinaus ehrenamtlich Tätigen ein und sprach gleichzeitig seine besten Wünsche zum bevorstehenden Weihnachtsfest und für das neue Jahr 2009 aus. Darüber hinaus bedankte er sich nochmals bei der Landesregierung für die im abgelaufenen Jahr gewährten Zuschüsse und die Unterstützung bei der Durchführung verschiedener Einzelmaßnahmen in der Gemeinde.

Die politischen Gremien haben im Jahr 2008 ein umfangreiches Sitzungsprogramm absolviert und wie folgt getagt:

	<b><u>Sitzungen</u></b>	<b><u>TOP</u></b>
Gemeinderat	11	193
Bau- und Umweltausschuss	15	200
Finanz- und Personalausschuss	6	73
Werksausschuss	3	15
Rechnungsprüfungsausschuss	1	2
<b>Sitzungen insgesamt:</b>	<b>36</b>	<b>483</b>

Die Ortsräte tagten 2008 in insgesamt 44 Sitzungen.

Im Anschluss an den Jahresrückblick des Bürgermeisters gingen die Fraktionsvorsitzenden, für die CDU, Manfred Stegmann, sowie Lothar Schreiner für die SPD ebenfalls auf die wichtigsten Ereignisse des abgelaufenen Jahres ein. Alle im Rat vertretenen Fraktionen schlossen sich ausdrücklich den Dankesworten und den guten Wünschen des Bürgermeisters an.